

Einführung

Ilona Nord und Thomas Schlag

Ist christliche Religion Schutzfaktor gegen oder Einfallstor für Populismus? Welche Rolle spielen christliche Kirchen innerhalb der gestiegenen Akzeptanz populistischer Bewegungen in der Gesellschaft? Diesen beiden Kernfragen wird durch theologische – darin ethische, praktisch-theologische und kirchenhistorische – soziologische, politikwissenschaftliche, publizistische sowie kommunikationswissenschaftliche Perspektiven nachgegangen.

Die christlichen Kirchen sind zivilgesellschaftliche Agenturen, die einerseits dezidiert Standpunkte gegen populistische Bewegungen beziehen, andererseits selbst an populistischen Bewegungen partizipieren und Mitglieder haben, die solchen angehören. Zur Frage des Umgangs mit populistischen Tendenzen gab es in den letzten mindestens fünf Jahren intensive Auseinandersetzungen in Gemeinden und Kirchenleitungen.¹ Positionen populistischer Parteien sind häufig mit Mustern religiöser bzw. quasireligiöser Sinngebungen verbunden. Dies gilt auch für die weit über diese Positionen hinaus verbreitete Fremdenfeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in mitteleuropäischen Gesellschaften. Aufschluss über kulturelle und spezifisch religiöse Anschlussstellen für populistische wie antipopulistische Haltungen versprechen dezidiert interdisziplinär geführte Analysen.

In diesem Sinne wird hier die Religionsthematik, hauptsächlich mit Fokus auf das Christentum und aus christlicher Perspektive, aber auch in Bezug auf den Islam und das Judentum, auf Phänomene des Populismus untersucht. Zugleich soll der disziplinenübergreifende Austausch über das Verständnis von Religion in ihren öffentlichen (konstruktiven und konfliktbefördernden) Funktionen gefördert werden. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, welche Orientierungen sich aus diesen multiperspektivischen Analysen für die kirchliche Praxis und die theologische Forschung und Lehre ergeben.

¹ Vgl. Zeitzeichen Archiv, insbesondere 8/2015, 1/2017, 10 u. 11/2018 und 9/2019 sowie 3 u. 7/2020, unter www.zeitzeichen.net (Stand: 20.08.2020).

Hierbei ist die Expertise akademischen Wissens von enormer Wichtigkeit, auch und gerade weil sie von populistisch agierenden Bewegungen oftmals dezidiert desavouiert oder abgelehnt wird.

»Die Abneigung gegenüber ›Experten‹ und die Ablehnung des ›Establishment‹ sind zentrale Bestandteile der Politik von Populistinnen und Populisten. Die so genannte ehrliche und schweigende Mehrheit, die sich nun getraut, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, wird gegen die angeblich selbstgefälligen, herablassenden und privilegierten Bewohner des Elfenbeinturms aufgehetzt.«²

Hier werden auch die liberalen Weltbilder ins Visier genommen und im sogenannten rechtspopulistischen Bereich abgelehnt und bekämpft.³ Dies zeigt sich an der Kritik an den Gender Studies im wissenschaftlichen Bereich ebenso wie an der konkreten politischen Ablehnung einer Diversitätspolitik, die die Gleichberechtigung der Geschlechter und ihrer Lebensformen fördern soll und die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und die Etablierung einer angemessenen Migrationspolitik in einer sich globalisierenden Welt stärkt –, verbunden mit dem immer wieder, nicht zuletzt gegenüber den Kirchen geäußerten Vorwurf des »Gutmenschentums«.

Doch es wird immer klarer, dass eine binäre Logik, ein »demokratisches Wir« gegen »die bösen Populisten«, kaum mehr in der Lage ist, die Krise der westlichen liberalen Demokratien zu bearbeiten. Zugleich ist es geboten, sich nicht als Versteherrinnen und Verstehender des Populismus zu gerieren. Denn allzu einfach werden dann z. B. rassistische Elemente von Weltbildern durch die Einschätzung verharmlost, dass man doch nachvollziehen könne, dass es Menschen gebe, die sich aufgrund von Zuwanderungsbewegungen in ihrer Existenz bedroht fühlen und die Gruppe derer wachse, die aufgrund solcher Liberalisierungen der Wirtschaft im eigenen Land ökonomisch abgehängt würden.

Der Populismus und die Kirchen sind also ein Thema, das die Kirchen und Theologien zu einem Prozess der Auseinandersetzung um die Zukunft der De-

² MICHAEL IGNATIEFF, *Forschung und Lehre* 7 (2017), 601.

³ Wilhelm Heitmeyer hat jüngst darauf hingewiesen, dass der Begriff Rechtspopulismus verharmlost und glatt poliert würde, was differenziert werden muss: »Erstens die Kategorie des Rechtspopulismus; zweitens alle jene Varianten, die als ›Autoritärer Nationalradikalismus‹ bezeichnet werden können; und drittens den gewalttätigen Rechtsextremismus, einschließlich neonazistischer Versionen. Anhand dieser Differenzierung kann die Gefährlichkeit für die offene Gesellschaft und liberale Demokratie unterschieden werden.« WILHELM HEITMEYER, Warum der Begriff »Rechtspopulismus« verharmlosend ist, in: *Der Spiegel*, 24.08.2019, vgl. www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/wilhelmheitmeyer-warum-der-begriff-rechtspopulismus-verharmlosend-ist-a-1283003.html (Stand: 10.08.2020).

mokratie überhaupt auffordert. Welche Rolle übernehmen hierbei die Kirchen und Theologien? Wie stark fühlen sie sich selbst demokratischen Idealen gegenüber verpflichtet und sind dazu bereit, diese offensiv zu vertreten und sich für diese einzusetzen? Welche Aspekte demokratischen Lebens verteidigen sie und welche sind für sie unbedeutend oder welche werten sie gar ab? Welche Bedeutung haben diese Selbstpositionierungen im Gesamtspektrum der politischen Auseinandersetzung mit Populismen?

»Der Rechtspopulismus artikuliert ein gesellschaftliches Unbehagen an einer ökonomischen, politischen und kulturellen Liberalisierung und bedient sich dabei der elektoralen Demokratie. Er ist ein Indiz für das Ende der liberalen Demokratie.«⁴ So formulieren es Dirk Jörke und Veith Selk und plädieren für einen Wandel im Umgang mit dem Populismus, um so populismusverstärkende Folgen liberaler Kritik, wie sie eben mit der oben genannten Polarisierung verbunden seien, abzufangen. Im Anschluss an Andreas Reckwitz' »Gesellschaft der Singularitäten« sehen sie eine zunehmende Polarisierung von Klassen und Lebensstilen in westlichen Demokratien:

»Diese betrifft insbesondere die Relation zwischen der kulturell aufsteigenden neuen Mittelklasse auf der einen, der sozial und kulturell absteigenden neuen Unterklasse auf der anderen Seite. Während die neue Mittelklasse sich als kosmopolitischer Träger der Kulturalisierungs- und Singularisierungsprozesse verstehen kann, findet eine soziale und kulturelle Entwertung der Unterklasse statt.«⁵

Den Zulauf, den rechtspopulistische Bewegungen in Europa erhalten, könne man als Ergebnis einer umfassenden, seit den 1970er Jahren einsetzenden Modernisierung begreifen, die durch politische, ökonomische und kulturelle Liberalisierungsprozesse gekennzeichnet werde und die – wie alle Prozesse sozialen Wandels – Gewinner und Verlierer hervorbringe. »Die drei Bestandteile der liberalen Ordnung, kapitalistische Freiheit, kultureller Pluralismus und politische Gleichheit, lassen sich offensichtlich nicht gleichermaßen maximieren; ab einer bestimmten Schwelle stehen sie sich wechselseitig im Weg. Und diese Schwelle scheint mittlerweile überschritten worden zu sein.«⁶ So plädieren Jörke und Selk dafür, wirtschaftliche Freiheiten ökonomischer Eliten einzuschränken, um die gesellschaftlichen Voraussetzungen von politischer »Gleichfreiheit« und kulturellem Pluralismus herzustellen.

⁴ DIRK JÖRKE/VEITH SELK, Demokratie in der Krise?, 6. Populismus – vom Verdammten zum Verstehen, in: Deutschland & Europa. Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Wirtschaft 79 (2020), Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 46–50, hier 50.

⁵ ANDREAS RECKWITZ, Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2017, 109.

⁶ Ebd.

Auch politische und politikwissenschaftliche Reflexionen zum Thema Rechtspopulismus weisen aus, dass Religion nicht als solche ernstgenommen, sondern vielmehr funktionalisiert wird. Dies zeigt sich z. B., wenn bei einer Pegida-Demonstration in Dresden ein Holzkreuz mit einer Deutschlandfahne umwickelt wird und das AfD-Parteiprogramm den Anspruch formuliert, das christliche Abendland zu verteidigen. Gefördert wird hier ein christlicher Triumphalismus, der untrennbar mit judenfeindlichen und antisemitischen Haltungen und Glaubensinhalten verbunden ist.⁷ Der Anschlag auf die Hallenser Synagoge am 9. Oktober 2019 hat inzwischen zur lebenslangen Haftstrafe für den Täter, der zwei Menschen ermordete und unzählige andere in Todesangst versetzte, geführt. Dieser handelte aus einer – wie es heißt – antisemitischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Gesinnung heraus. Die Synagogentür hielt seinem Angriff auf wunderbare Weise stand. Dass die Synagoge am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur keinerlei Polizeischutz erhielt, ist zu Recht aufs Härteste kritisiert worden.⁸ Aus einer kruden Weltanschauungslogik heraus wurde die christliche Religion politisch funktionalisiert und das Judentum terrorisiert.

Populistische Islamfeindschaft tritt als weiteres eigenes Thema hinzu. Als eine schriftliche Form des Populismus muss die Kampfschrift von Thilo Sarrazin mit dem Titel »Feindliche Übernahme. Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht« gelten. Rainer Hermann resümiert in einer Rezension: »Je geringer das Wissen, desto sicherer das Urteil.«⁹ In diesem Buch sind viele Dinge wohl absichtlich nicht präzise recherchiert und zudem so verzerrt dargestellt, dass falsche Meinungen erzeugt werden. Erst im Juli 2020 war das Schiedsgericht der SPD imstande, Sarrazin aus der Partei auszuschließen, was dieser gleichwohl anzufechten versprach.

Im Bereich der Islamophobie bündeln sich sichtbar Proteste und Androhungen oder tatsächlich auch gewalttätige terroristische Anschläge gegen die Entwicklung einer Migrationsgesellschaft. Die Geschichte der NSU-Morde aus den Jahren 2001 bis 2007 sind bis heute nicht gänzlich aufgeklärt; sie zeigen die Verbindung von Rassismus, Islamfeindschaft und eine »Supremacy«-Logik an und verweisen zudem auf ein eklatantes Versagen des Staates angesichts dieser Bedrohung. Aber nicht nur die Rolle des Staates ist hier angefragt. Auch die der (evangelischen) Kirchen, wenn etwa der »Sprecher von Pro Chemnitz, Martin Kohlmann, eine demonstrativ als Predigt angekündigte Rede, in der er mit vielen Bibelzitat und Verweisen auf die Religionsgeschichte einen völkischen Cha-

⁷ Vgl. den Vortrag von CHRISTIAN STAFFA, *Jenseits von Stereotypen. Lernerfahrungen aus dem christlich-jüdischen Gespräch* unter <https://www.ekd.de/vortrag-jenseits-von-stereotypen-christian-staffa-53482.htm> (Stand: 10.11.2020).

⁸ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/prozess-halle-attentat-101.html> (Stand: 10.08.2020).

⁹ RAINER HERMANN, *Haarsträubendes zum Islam*, in: FAZ, 31.08.2018, 8.

rakter des Christentums und ein Gebot der Ausgrenzung fremder Kulturen und Religionen behauptete.«¹⁰ Entsprechende Videoaufzeichnungen machen deutlich, dass unter den 2000 anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern in Aue am Heiligen Abend 2019 heftiger Beifall und zustimmende Zwischenrufe, aber eben keine Äußerungen von Protest oder Distanzierung laut wurden.

Auf welche Strategien sollten sich Kirchen und Theologien vorbereiten, um solche Vorfälle aufzugreifen und sich mit ihnen auseinandersetzen zu können? Welche wirksamen Gegenmaßnahmen gibt es, die öffentlich erkennbar machen, dass es Alternativen gibt, die interessant und nachvollziehbar auch für diejenigen sind, die sich von der Wirtschaft, Politik und Kultur der derzeitigen Bundesrepublik Deutschland ausgegrenzt und abgehängt fühlen? Für die Praktische Theologie und Kirche ist es ferner herausfordernd, Interdependenzen zwischen Religiosität und Religionszugehörigkeit und der Ablehnung nicht-christlicher Religionen sowie der Wahl rechter Parteien nachzugehen.

Eine Tagung, die vom 10.-12. September 2018 im Schader-Forum Darmstadt stattfand und auf die dieser Band zurückgeht, diente der interdisziplinären Vernetzung zum Themenfeld sowie der fachlichen Diskussion mit institutionellen Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft. Ziel war es, Argumentationen zu bündeln und dabei Orientierungen zu schaffen. Die Tagung selbst und dieser Band können sinnvollerweise nicht das Ziel haben, die offenen Diskussionen zu einer abschließenden Lösung zu führen. Insofern liegt hier nun in den versammelten Beiträgen eher eine Zwischenbilanz für den weiteren Weg vor.

Doch wohin soll dieser Weg führen? In welche Richtung sollte weitergedacht werden? Wie ist die Zielrichtung für den Umgang mit populistischen Bewegungen? Sollen die Zivilgesellschaft ebenso wie der Staat und die politischen Parteien inklusive des Parlamentarismus und eben auch Kirchen und Theologien dazu beitragen, dass Populismus eingedämmt und möglichst abgeschafft wird? Schließlich ist es gefährlich, politische Bewegungen sich fortentwickeln zu lassen, die terroristische und demokratiezersetzende Ziele haben. Ist es realistisch, ja ist es überhaupt wünschenswert, sich ein solches Ziel zu setzen? Zumeist wird der Populismus als ein unvermeidbares und insofern auch nicht aufzulösendes Phänomen betrachtet, und damit sehen Strategien des Umgangs mit ihm eher seine Einhegung vor, als dass hier Maßnahmen seiner vollständigen Abschaffung in Aussicht stehen.

Eine Alternative zu dieser Einhegungsstrategie bietet die belgische Politologin Chantal Mouffe an. Sie kritisiert den Neoliberalismus, der hier als ein Faktor für das Erstarken populistischer Bewegungen gesehen wird, als ein System, das postpolitische Verhältnisse forciert, indem Auseinandersetzungen um Ressour-

¹⁰ KONRAD LITSCHKO, Das Versagen des Staates. Der Verfassungsschutz und die Mordserie des NSU ist eine Skandalgeschichte. in: *Zeitzeichen* 3 (2020). 24-27.

cen und die Geltung von Institutionen gerade nicht ausreichend geführt werden. Der von ihr entwickelte Linkspopulismus soll die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit wieder mehrheitsfähig machen und eine klare Alternative zum Rechtspopulismus bilden, der sich diesem auch politisch entgegenstellt. Mouffe ist der Auffassung, dass der Populismus keine Ideologie ist und ihm kein programmatischer Inhalt zugeordnet werden könne, er sei auch kein politisches Regime. »Es handelt sich um eine Art, Politik zu betreiben, die zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten unterschiedliche ideologische Formen annehmen kann und mit einer Vielzahl institutioneller Rahmenbedingungen kompatibel ist.«¹¹ Von einem »populistischen Moment« könne man sprechen, wenn die vorherrschende Hegemonie unter dem Druck politischer und sozio-ökonomischer Umwälzungen durch eine Vervielfachung unerfüllter Forderungen destabilisiert werde. In einer solchen Situation gelinge es den bestehenden Institutionen nicht mehr, sich mit ihren Versuchen die existierende Ordnung zu verteidigen, die Loyalität des Volkes zu sichern. In einer solchen Lage eröffne sich die Chance, »das Volk« als ein neues Subjekt des kollektiven Handelns zu konstruieren. Nur dieses sei in der Lage, eine als ungerecht empfundene Gesellschaftsordnung umzugestalten. Mouffe geht davon aus, dass die derzeitigen populistischen Bewegungen als ein Zeichen für die Krise der neoliberalen hegemonialen Formation der Gesellschaft angesehen werden können, wie sie im Laufe der 80er Jahre in Westeuropa nach und nach errichtet worden sei.

»Diese neoliberale hegemoniale Ordnung löste den sozialdemokratischen, keynesianischen Wohlfahrtsstaat ab, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den demokratischen Staaten Westeuropas dreißig Jahre lang das vorherrschende sozio-ökonomische Modell dargestellt hatte.«¹²

Den Kern dieser neuen hegemonialen Formation bilde eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Praktiken, die auf die Herrschaft des Marktes abgezielt hätten. Zu diesen gehörten Deregulierung, Privatisierung und finanzpolitische Austerität. Die Rolle des Staats sei hier auf den Schutz des Privateigentums, den Schutz freier Märkte sowie des Freihandels beschränkt worden. Mit dieser Form des Neoliberalismus sei keineswegs allein ein Wirtschaftssystem etabliert worden, sondern vielmehr ein ganzes Gesellschaftsmodell, das vor allem auf einer Philosophie des Besitzindividualismus basiere.¹³ Angesichts der sich steigernden gesellschaftlichen Konflikte aufgrund sozialer Ungleichheiten, die nicht mehr ausreichend integriert werden können, wird deutlich, dass und wie sich ein neues

¹¹ CHANTAL MOUFFE, Für einen linken Populismus, Frankfurt am Main 2018 (englisches Original ebenfalls 2018), 21.

¹² Ebd.

¹³ A. a. O., 22.

wirtschaftliches und soziales Paradigma herausbildet. Der hegemoniale Anspruch des Neoliberalismus ist nun aber, so Mouffe, gesellschaftlich nicht mehr abgesichert.

Ein weiteres Modell, das derzeit in der politikwissenschaftlichen Forschung entwickelt wird und hier nur sehr andeutungsweise genannt werden kann, erkennt die hohe politische Bedeutung von individueller Freiheit an, lehnt zugleich eine staatliche Intervention in wirtschaftliche Systeme ebenso ab wie die Verwaltung kollektiven Eigentums durch den Staat. Freiheit wird hier nicht mehr allein als individuelles Recht gegenüber dem Staat verstanden, sondern diese realisiert sich vor allem in sozialen Beziehungen innerhalb der Zivilgesellschaft. In diesen Formationen benötigt man dann auch »emblematic policies«, um beispielsweise zu einer Umverteilung von Wohlstand aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit und des Inklusionsbedarfs von Individuen zu gelangen.¹⁴

So betrachtet zeigt das Thema Populismus, mit dem Ängste vor einer neuen Rechten und vor totalitärem Terror verbunden sind, eine zweite, andere, zugleich produktive Seite. Es geht um die bewusste Partizipation am Umbau eines gesellschaftlich-neoliberalistischen Modells, das in vielen Kontexten sichtbar an seine Grenzen gekommen ist und dessen Hegemonialität deshalb mehr als umstritten ist. Die politische Debatte zum Populismus wird jedenfalls auch stark von der Frage nach einer zukunftsfähigen Ökonomie mitbestimmt. Auch wenn die seinerzeitige Tagung und die hier versammelten Beiträge diesen Zusammenhang noch kaum explizit gemacht haben, können diese doch von dort her gelesen und weitergedacht werden, wie ökonomische Fragen in kulturelle und religiöse Fragehorizonte eingebettet sind.

Von dort her ist es für die großen, sogenannten abrahamitischen Religionen eine hohe Herausforderung, hier produktiv zu wirken: Einerseits sind sie kompetent in der Reflexion sozialer Bindungen und in ihrer Bedeutung für gemeinsames Handeln. Andererseits haben sie oft genug die demokratischen Rechte des einzelnen zugunsten der Hegemonie des Kollektivs bzw. der Aufrechterhaltung bestehender Autoritäten missachtet.

Zum Abschluss der Überlegungen, wie das Phänomen des Populismus im Rahmen politikwissenschaftlicher Theoriebildungen gesehen wird, wäre es unangemessen, Jan-Werner Müllers Einspruch zu Argumentationen, wie sie im Vorangegangenen angeführt wurden, zu überhören. Er hat sie auf unserer Tagung deutlich geäußert und warnte – wie bereits auch schon anderenorts – ausdrücklich vor allen »Populistenverstehern«. Strategien, die den Populismus als eine Reformbewegung für die Demokratie zu deuten versuchten, wiesen Gefahren für eine demokratische Kultur aus. Im Hinblick auf Strategien, die gegen Populismus hilfreich sein könnten, lehnte er es ab, diesen zu psycholo-

¹⁴ SAMUEL BOWLES/WENDY CARLIN, *Shrinking Capitalism*, in: *American Economic Association* 110 (2020), 372–377.

gisieren und ihm damit Anerkennung zu verschaffen. Müller plädiert dagegen für differenzierte Analysen konkreter Phänomene, die falsche Argumentationen und ihre Konsequenzen als solche entlarven. Hier wären z. B. die Kennzeichen fundamentalistischer Bewegungen aus politischer und religiöser Perspektive zu analysieren. Theologie und Kirchen schreibt er ins Auftragsbuch, antidemokratische Tendenzen im eigenen Haus herauszuarbeiten und zu korrigieren.

Beide Ansätze, Populismus im Rahmen von politikwissenschaftlichen Diskussionen um die Krise der Demokratie zu deuten, wie auch davor zu warnen, mit diesen Deutungshilfen zu meinen, ihn auf der Makro-Ebene schon verstanden zu haben, ohne die Einzelphänomene in ihrem Kontext analysiert zu haben, weisen ihre Stärken in der Auseinandersetzung mit dem Thema auf. Thesen und Antithesen – wie etwa, dass der Populismus eine Reformbewegung innerhalb der Demokratie sei bzw. gerade nicht sei – in diesem Sinne zusammenzuhalten, können davor bewahren, die wissenschaftlich und kirchenpolitisch erworbene Deutungsmacht zu überschätzen.

Zu den Beiträgen des Bandes

Der erste Teil des Bandes beschäftigt sich mit Populismus als politischem Phänomen und erkundet zentrale Begriffe und Entwicklungen:

Jan-Werner Müller betont in seinem Verständnis von Populismus insbesondere das Element des Antipluralismus, das für ihn Elemente der Gefährdung westlicher Demokratien enthält. Er macht eine zweifache Instrumentalisierung von Religion(en) im Feld des Populismus aus: Einmal gelte es zu sehen, wie populistische Agitationen Religionen für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren. Zum anderen gelte es, das weniger Offensichtliche ebenfalls wahrzunehmen: Religiös inspirierte Ideologen können auch Populismus zu ihren Gunsten instrumentalisieren. Müllers Beitrag liefert zahlreiche konkrete Beispiele, die insbesondere auf den ungarischen Kontext der Regierung Orbáns und den US-amerikanischen Kontext der Trump-Regierung bezogen sind.

Hans-Jürgen Puhle stellt in seinem Beitrag »essentials« zur Rede von Populismus und damit eine Begriffsdefinition vor. Dafür klärt er dessen Verhältnis zur Demokratie und unterscheidet die unterschiedlichen Bewegungen typologisch, indem er auf »varieties of populisms« transregional vergleichend hinweist. Protestpopulismen findet Puhle überwiegend in der entwickelteren Welt, Projektpopulismen in der weniger entwickelten Welt. Nach einem kurzen Überblick über die »klassischen« Fälle in den USA, Europa, Lateinamerika und der dekolonisierten Welt werden die (rechten wie linken) Populismen des 21. Jahrhunderts diskutiert, mit besonderer Berücksichtigung von Kontinuitäten und Brüchen, neuen hybriden Mischungen, und im Lichte des gegenwärtigen globalisierungs- und IT-getriebenen »Strukturwandels der Öffentlichkeit« (»Haber-

mas II«) sowie des Aufstiegs »populistischer Demokratie« als einer mit der liberalen Demokratie rivalisierenden politischen Struktur.

Im zweiten Teil des Bandes sind empirische Analysen zum Populismus in Medien und Kirchen versammelt. Am Anfang stehen dabei kommunikations- und medienwissenschaftliche Analysen zu Präsenz von Populismus in den Medien, die insbesondere entlang der Kernbegriffe Vertrauen, Misstrauen und Wirkpotenziale ausgeführt werden.

Andreas Scheu vertritt die These, dass politische Akteurinnen und Akteure in demokratischen Gesellschaften auf Aufmerksamkeit angewiesen sind. Im Zuge von medialem Wandel, Digitalisierung und der Vervielfachung von Kommunikationskanälen sowie der Fragmentierung des Publikums verschärfe sich der Wettbewerb um Aufmerksamkeit. Individuelle und kollektive politische Akteure richteten ihre Handlungen dementsprechend aus und passten sich an wahrgenommene Mechanismen der Aufmerksamkeitserzeugung an. Unter Rückgriff auf das kommunikationswissenschaftliche Konzept der Medialisierung fragt Scheu, inwiefern die Anforderungen öffentlicher Aufmerksamkeit in der digitalen Mediengesellschaft populistische politische Kommunikation begünstigen und welche Rückwirkungen sich daraus für die politische Praxis und die Institutionen und Strukturen ergeben würden.

Aus ebenfalls kommunikations- und medienwissenschaftlicher Perspektive stellen *Oliver Quiring* und *Bernd Blöbaum* die Frage, ob die Rede vom Vertrauensverlust, wie sie vielerorts auch in Bezug auf die Kirchen indiziert werde, empirisch erhärtet werden könne. In Bezug auf Personen mit populistischer Haltung (der Indikator hierfür ist die Absicht, die AfD zu wählen) ist festzustellen, dass sie den beiden großen christlichen Kirchen deutlich misstrauischer gegenüberstehen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Quiring/Blöbaum widersprechen zudem Thesen, die generell von einer Erosion des Institutionenvertrauens ausgehen. Vielmehr hingen gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen maßgeblich davon ab, ob Institutionen in der Lage seien, Vertrauen durch Transparenz, Professionalität und Integrität zu gewinnen.

Zivilgesellschaftliche Polarisierungen in einer populistischen Ära erörtert *Gert Pickel* und fokussiert hierbei auf die Erwartungen von Kirchenmitgliedern an die Politik »ihrer« Kirchen. Er zeigt anhand verschiedener empirischer Untersuchungen auf, dass zum einen die Erwartungen der Kirchenmitglieder an die Politik der Kirchen betreffend des Populismus in sich different sind und dass zum anderen Kirchenzugehörigkeit weder eine immunisierende noch eine befördernde Wirkung bezüglich der Offenheit für Populismus hat. Zudem macht er deutlich, dass Religion innerhalb von populistischen Szenarien vor allem als Markierungsfaktor für Fremdidentifikation genutzt wird, konkret: der Islam zum Marker für gruppenbezogene Ablehnung wird.

Hilke Rebenstorf gibt Einblick in ihre Forschungen zum Einfluss von Religiosität, Kirchengang und religiösem Dogmatismus auf Islamfeindlichkeit und die

Wahl rechter Parteien. Sie hebt hervor, dass unter den religiösen Parametern die religiöse Exklusivität zentral für die Einstellung gegenüber dem Islam und Muslimen ist. Für die empirische Forschung stelle sich dringlich die Frage, wie man mit fehlendem Wissen (über den Islam) bei den Befragten sowie mit fehlenden Angaben und »Weiß-nicht«-Antworten umgehen solle.

Der Beitrag von *Claudia Schulz* vermittelt einen Überblick über ein Forschungsprojekt im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland, das verunglimpfende Mailings und Postings gegenüber Kirche und Diakonie untersucht. Dabei werden zentrale Kritikpunkte und Argumentationsstrukturen herausgearbeitet, auf denen die Ablehnung kirchlichen oder diakonischen Handelns beruht. Daneben werden kommunikative Muster sowie die Dynamik der Verunglimpfung im Internet betrachtet. Schließlich fragt Schulz nach der Bedeutung solcher Hate Speeches für die Praktische Theologie im Allgemeinen und die Kirchentheorie im Besonderen.

Die Interdependenzen zwischen dem »Anti-Genderismus« und dem Rechtsradikalismus nimmt *Barbara Thiessen* in den Fokus ihres Beitrags. Dabei übt sie Kritik an kirchlichen und darüber hinaus öffentlichen Debatten zu Rechtsradikalismus, innerhalb derer die Anti-Genderismus-Allianz zwischen rechtsextremer und rechtskonservativer Vernetzung nicht aufgedeckt würden. Sie führt vor allem Praxisbeobachtungen aus sozialen Diensten und kirchlichen Verwaltungen für ihre Argumentation an. Abschließend reflektiert sie den kirchlichen und kirchennahen Diskurs um Rechtspopulismus, um daraus Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Im dritten Teil des Bandes sind Problemanzeigen und Erfahrungen verschiedener kirchenleitender Repräsentanten zum Umgang mit Populismus aus der Sicht der Kirchen als eindrückliche Statements versammelt:

Der hessen-nassauische Kirchenpräsident *Volker Jung* greift – wie er sie nennt – »extreme Eingaben« von Kirchenmitgliedern an die Kirchenleitung zu Themen wie Homosexualität, Flüchtlinge und Islam auf. Die hier geäußerten Positionen fügten sich zunehmend in einen Kontext rechtspopulistischer Positionierungen ein, wie sie auch von der AfD vertreten würden. Seine Kernfragen lauten: Wie sollen sich Kirchenleitungen gegenüber einer rechtspopulistischen Partei positionieren? Was ist zu bedenken, wenn ein Kirchenmitglied rechtspopulistische Positionen unterstützt oder Mitglied oder Funktionsträger einer rechtspopulistischen Partei wird und gleichzeitig ein Amt in Kirche oder Diakonie wahrnehmen will? Jung will die inhaltliche Kritik des Rechtspopulismus an dem gesellschaftlichen Zusammenleben konstruktiv aufgreifen und zugleich christlich-fundamentalistische Bezugsgrößen zu diesem einer kritischen Analyse unterziehen.

Der Mainzer Bischof *Peter Kohlgraf* veröffentlicht und reflektiert die Inhalte von E-Mails, die an seine Adresse gesendet wurden und die er im Horizont eines gesellschaftlich und kirchlich verbreiteten Populismus versteht. Er stellt sich

Positionen entgegen, die menschenfeindliche Argumentationen, insbesondere bezogen auf die Bereiche Islamfeindschaft, Begrenzung bzw. Verhinderung von Migration und Diskriminierung von Homosexualität, vertreten. Kohlgraf gibt Einblick in harte Konfrontationen, die auch die Bedeutung der Nächstenliebe in der Kirche betreffen. Er sieht sich zugleich selbst auf der Suche nach einem angemessenen Umgang mit dem Phänomen Populismus und seinen Sympathisantinnen und Sympathisanten in den eigenen Reihen.

Aus der Perspektive evangelischer Akademiearbeit ergänzt der Beitrag von *Karl Waldeck* diese Einschätzungen zur Bedeutung des Phänomens Populismus und seinen Herausforderungen für die Kirchen. »Ich bin gegen Populismus«: Mit dieser vereinfachten Aussage lasse sich ein weit verbreiteter Konsens zusammenfassen, wie er auf vielen deutschen Kanzeln zu hören sei und die Einstellung von evangelischen Christinnen und Christen, zumindest ihrer hauptberuflichen Funktionsträger und deren öffentlicher Rede, zum Thema widerspiegle. Waldeck weist innerhalb dieses Mainstreams auf Probleme hin und fokussiert aus landeskirchlicher Perspektive auf eine Konfliktstrategie des Umgangs mit Populismus. Ferner bündelt er Aufgaben und Aktivitäten, die sich in den Kernbereichen kirchlicher Handlungsfelder finden lassen: Verkündigung, Seelsorge, Diakonie und Bildung.

Im vierten Teil des Bandes folgen Beiträge aus der Perspektive systematischer und praktischer Theologinnen und Theologen, die das Verhältnis der Theologien und der Kirchen zum Thema Populismus ausloten:

Das Feld, innerhalb dessen Kirche als politische Volkskirche verstanden wurde und verstehbar wird, bearbeitet *Ulrich Körtner*. Die Frage, wie politisch das Evangelium ist und die Kirchen agieren sollen, wird in den Kontext der Debatten über das Wiedererstarken von Religion im öffentlichen Raum, die Re-Theologisierung des Politischen sowie von Begriff und Konzepten Öffentlicher Theologie gestellt. Der Anspruch, auch im politischen Bereich einen Öffentlichkeitsauftrag zu haben, verbinde sich, so Körtner, bei den beiden großen Kirchen in Deutschland nach wie vor mit ihrem volkskirchlichen Selbstverständnis. Der Volksbegriff im Begriff Volkskirche sei dabei gegen seine rechtspopulistische Verwendung abzugrenzen. Nationalistische und rassistische Konnotationen bedürften der theologischen Kritik, ohne Begriffe wie Heimat, Nation oder Kultur einfach den Rechtspopulisten zu überlassen. Wollten die Kirchen mit den Menschen im ernsthaften Gespräch bleiben, bedürfe es einer neuen demokratischen und theologischen Streitkultur.

Andreas Lob-Hüdepohl setzt mit der bitteren Realität ein, dass fremdenfeindliche und rechtspopulistische Einstellungsmuster nicht nur längst in die Mitte der Gesellschaft, sondern eben auch in die Kirche eingedrungen sind. Eine Klärung des Begriffs Rechtspopulismus sowie eine Auflistung spezifisch kirchlicher Versuchungen für diesen bilden den Hauptteil des Beitrags. Hierzu gehören die fundamentalistische und die autoritäre Versuchung, das Einheitsmissverständnis sowie

ein unreflektierter Absolutheitsanspruch, ferner Allianzen zwischen extremen Rechten und konservativen Kreisen sowie eine Hermeneutik des Untergangs. Aufbauend auf dieser Analyse stellt Lob-Hüdepohl dar, welche Möglichkeiten die römische Kirche derzeit bereits wahrnimmt, um rechtspopulistischen Einstellungsmustern entgegenzutreten. Hierzu gehört auch eine Kultur der Entängstigung.

Der Erschließung einer nichtidentitären Theologie des Volkes widmet sich *Christian Bauer* und wirft dafür die Frage auf, inwiefern von einem katholischen Populismus gesprochen werden könne. Als Vertreter der argentinischen Theologie des Volkes verkörpere Papst Franziskus die spezifisch katholische Spielart eines nichtvölkischen Populismus, der im hiesigen Kontext als eine populäre, nicht populistische, alteritäre, nicht identitäre sowie explorative, nicht paternalistische Leutetheologie zu fassen sei.

Ilona Nord wendet sich Verhältnisbestimmungen zwischen Populismus und Antisemitismus zu. Soweit zu sehen sei, werde innerhalb von religionssoziologischen, religionswissenschaftlichen und (praktisch-)theologischen Diskussionen zum Thema »Kirche(n) und Populismus« das Phänomen des Antisemitismus kaum reflektiert. Auch innerhalb politikwissenschaftlicher Standardlektüren fehle eine ausführlichere Auseinandersetzung hierzu. Diese Beobachtung fordere dazu heraus zu fragen, welche Gründe hierzu geführt haben könnten. Ferner fragt Nord danach, welche Bedeutung die religiöse Grundierung des modernen Antisemitismus für die (Praktische) Theologie hat. Sie bettet ihre Argumentation schließlich in die Intersektionalitätsdebatte innerhalb der Kulturwissenschaften ein, um zu unterstreichen, dass eine Fokussierung auf das Thema Antisemitismus nicht in Konkurrenz steht zu weiteren Dimensionen des Minderheitenschutzes und eingebunden ist in ein politisches Engagement für die Pluralität von kulturellen und religiösen Orientierungen: Geschlechtergerechtigkeit, Abbau von Islamophobie sowie Xenophobie, Förderung von Inklusion aufgrund von Armuts-, Krankheits- und Behinderungserfahrungen und ihrer Interdependenzen.

Im Nachgang zur Tagung haben wir, bezogen auf praktisch-theologische Handlungsfelder, Kolleginnen und Kollegen gebeten, aus ihrer Forschungsperspektive heraus Beiträge zu kommentieren. Einige Autoren bzw. Autorinnen dieses fünften Teils des Bandes haben selbst an der Darmstädter Tagung teilgenommen und in Response zu dieser ihren Beitrag verfasst, andere sind auf Anregung der Herausgebenden in das Projekt eingestiegen:

Richard Hartmann definiert Pastoraltheologie in einem weiten Sinne, nämlich grundsätzlich als kritische Handlungswissenschaft. In diesem Referenzrahmen beobachtet er auch Phänomene des Populismus innerhalb der Kirche. Seine Beobachtungen will er ausdrücklich nicht als neutral verstanden wissen, sie provozierten zu eigener Positionierung und zu politischem Handeln. Auf sie aufbauend, legt er acht streitbare Thesen vor. Eine davon betrifft das Phänomen, dass populistische Denk- und Kommunikationsschemata auch innerkirchliche

Auseinandersetzungen prägen. Echte dialogische Prozesse hätten gegenseitiger Abgrenzung, zum Teil bis zur Diffamierung, Platz machen müssen. Bei einigen Themen sieht er die Differenzen konfessionell bestimmt, auch innerhalb der Konfessionen würden die Auseinandersetzungen schärfer. Dies betreffe Themen wie die Genderdebatte, insbesondere die Frauen-Ordination, ebenso wie die Art und Weise, wie »Kirchen-Bashing« betrieben werde, z. B. wenn es um den synodalen Umbau auch der katholischen Kirche gehe. Die binäre Gegenüberstellung gipfele meist im Zwang zur Häresie oder der Sicherung des Wahrheitsanspruchs; es zeigten sich antiliberalen, antidemokratischen und antiegalitären Festlegungen.

Inwiefern die aktive Auseinandersetzung mit Formen des Populismus als Krisenphänomen eine heuristische Funktion für eine pluralitätskompetente Kirche besitzen kann, entfaltet *Kristin Merle* in ihrem Beitrag. Der wesensmäßig wie intentional auf einen sozialen Zusammenhalt in der Kirche ausgerichtete Bezug auf eine Pluralität weltanschaulicher und sozialer Formen plausibilisiert ihrer wissenschaftlichen Überzeugung nach noch einmal auf neue Weise den Konzeptbegriff der Volkskirche wie die Notwendigkeit, auch theologischen Dispositionen für den Populismus bzw. die entsprechenden Einstellungen innerhalb und außerhalb von Kirche kritisch nachzugehen.

Sonja Keller bezieht ihre Reflexionen zum Populismus auf die Homiletik. Eine theologisch reflektierte Predigt könne sich nicht damit begnügen, den Populismus, der ein überaus facettenreiches Phänomen darstellt, einfach zu verdammen, sondern das Phänomen bzw. sein Gefährdungspotenzial verlange nach einer Entfaltung des christlichen Ethos und seiner Theologie. In diesem Sinne lässt sich der Populismus nicht nur als allgemeiner diskursiver Lebensweltbezug beschreiben, sondern er repräsentiert auch einen relevanten Topos der kirchlich verantworteten Kommunikation theologischer und ethischer Standpunkte. Die homiletische Auseinandersetzung mit dem Populismus dient damit auch der alltagsnahen theologischen Entfaltung der eigenen Position und der Darstellung der Potenziale des christlichen Glaubens für die Gesellschaft. Eine Predigt sei keine demokratiepolitische Ansprache, doch sie biete die Möglichkeit, aus der theologischen Auseinandersetzung mit biblischen Texten heraus gesellschaftliche Diskurse kritisch zu reflektieren und die humanen Utopien biblischer Geschichten zu artikulieren.

Das Potenzial persönlichkeitsorientierter Bildungsarbeit der Kirchen als Vorurteils-, Menschenfeindlichkeits- und Extremismusprävention bearbeitet *Sonja Angelika Strube*. Extremismusprävention, so ist ihre These, brauche neben den Möglichkeiten kirchlicher Stellungnahmen sowie politischer Jugend- und Erwachsenenbildung insbesondere die Auseinandersetzung mit persönlichen Haltungen und Einstellungen. Sozial-, religions- und kultursoziologische Forschungen zeigten, dass rechtspopulistischen Einstellungen ebenso wie Formen des religiös-christlichen Fundamentalismus autoritär-dogmatische Haltungen zugrunde liegen. Persönlichkeitsbezogenen und Sozialorientierten Angeboten kirchlicher

Bildungsarbeit und Sozialpastoral wohne demgegenüber eine extremismuspräventive politische Dimension inne.

Theologische Begründungsfiguren sowie Herausforderungen des Pfarrberuf in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus arbeitet *Ulrike Wagner-Rau* heraus. In einer Relektüre von Manfred Josuttis' Verhältnisbestimmung von Religion und Politik arbeitet sie Anknüpfungspunkte und Unterschiede zur heutigen Situation heraus. Der öffentlich wirksame Pfarrberuf sei unabdingbar politisch, Pfarrpersonen müssten sich aber im demokratischen Kontext davor hüten, mit theologischen Begründungsfiguren eigene Positionen absolut zu setzen. Sie brauchen gesellschaftsanalytische Kompetenz, die schon in der Ausbildung gefördert werden müsse. Nötig sei es insbesondere, sich mit Familienbildern und Einstellungen zur Migration auseinanderzusetzen; denn auch kirchenintern werden in diesen Feldern Positionen der neuen Rechten vertreten. Pfarrpersonen, so Wagner-Rau, hätten in ihrem Wirkungsbereich eine Verantwortung dafür, den respektvollen politischen Diskurs zu fördern und menschenfeindliche Sprachmuster zu kritisieren. Nicht zuletzt das genuin theologische Thema des Umgangs mit der Angst habe auch politische Relevanz. Insgesamt sei es eine wissenschaftliche Aufgabe, die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in kirchlichen Berufen empirisch zu erforschen.

Aus diakoniewissenschaftlicher Perspektive geht *Christoph Sigrist* der Frage nach, wie in der Diakoniegeschichte die Begründung diakonischer Praxis und christlicher Nächstenliebe von Überheblichkeit sowie antijudaistischen und antisemitischen Aussagen geprägt war. Am Beispiel antisemitischer Vorfälle in der Schweiz aus jüngster Zeit wird ein Programm diakonischer Haltung und diakonischer Praxis skizziert, das den Fokus auf die Gefahren populistischer Lebenseinstellungen legt. Sigrist greift die Zivilcourage der sich als Atheistin bezeichnenden Iluska Grass auf, die sich am 4. Juli 2015 in Zürich in den Konflikt zwischen einem orthodoxen Juden und einem rechtsradikalen Mann einmischte und zur Deeskalation einer gefährlichen Situation beitrug. Dieser Fall habe innerhalb der schweizerischen Diakonie eine weitreichende Diskussion ausgelöst, die auch für die programmatische Arbeit zum Ausgangspunkt geworden sei. Hier sei ein Verständnis von Diakonie formuliert worden, das im allgemein menschlichen, solidarisch helfenden Handeln verankert sei und schöpfungstheologisch begründet werde. Praxisbeispiele diakonischer Plattformen, die Menschen unterschiedlicher Positionen und Überzeugungen als Hilfeempfangende und Hilfeleistende zusammenführen, bieten Konkretionen.

Herbert Haslinger trägt in seinem Beitrag insbesondere zum Fokus auf das Verhältnis von Volksreligion und Populismus bei. Unter »Volksreligion« sei ein Ensemble aus religiösen Symbolen, Praktiken und Überzeugungen zu verstehen, das die »einfachen Gläubigen« unabhängig von bzw. im Kontrast zu den Vorgaben der theologisch-kirchlichen Autoritäten als eigenständigen Ausdruck ihres Glaubens an Gott bzw. an etwas Transzendentes kreieren und als lebensweltlich

eingewurzelten Bestandteil ihrer Lebensführung praktizieren. Als Populismus bezeichnet er die Programmatik sozialer Bewegungen, deren Protagonisten Stimmungen, Bedürfnisse und Einstellungen in den breiten Schichten der Bevölkerung aufgreifen, sie in einen Gegensatz zu den gesellschaftlich etablierten Kräften setzen, um sie so für die Legitimierung und Durchsetzung eigener Interessen zu nutzen. Haslingers terminologische Klärungen dienen dazu, Vereinnahmungsstrategien der beschriebenen Volksreligion für gesellschaftliche Populismen identifizieren zu können sowie diese als einen Ort eines ekklesio-genen Populismus ausweisen zu können. Andersherum sieht Haslinger aber auch, dass die von ihm entfaltete Volksreligion für einen kircheneigenen Populismus vereinnahmt werde.

Hans Martin Gutmanns Statement steht am Schluss der praktisch-theologischen Reflexionen zum Thema. Er deutet das Thema Populismus im Spiegel von Gewaltkrisen. Rechtsradikale Terrorakte werden bereits im Rahmen dieser Einleitung und auch später in diesem Band benannt. Ihre Bedeutung für die Funktionalisierung von Religion(en) in populistischen Politikstrategien wird nun aber von Gutmann explizit fokussiert: Er reflektiert, wie Versatzstücke aus Religionen und mythischen Traditionen als Durchlauferhitzer dazu benutzt werden, Interessengegensätze zu verunklaren. So könne sogar der Eindruck entstehen, dass die an Konflikten Beteiligten in dem Glauben leben, hier kämpften Religionen gegeneinander. Es gebe in jeder Religion Erzählungen und Rituale, Mythen, Geschichtskonzepte usw., die sich instrumentalisieren ließen, um Hass und Gewalt zu entflammen. Am wirksamsten sei allerdings der Opfermythos; er ist im Christentum fest verankert und mit ihm verbunden lässt sich zeigen, dass und wie Hass und Gewalt mimetisch wirken.

Im sechsten und abschließenden Teil unternimmt *Thomas Schlag* eine praktisch-theologische Bündelung der wesentlichen Einsichten und Erkenntnisse aus diesem Band und entfaltet in Orientierung daran, wie sich von dort aus zukünftig das Zusammenspiel von öffentlicher Kirche und öffentlicher Praktischer Theologie beim Umgang mit der Populismusthematik ausgestalten sollte und wie ein gemeinsam verantwortetes wissenschaftliches und kirchliches Engagement auf der Grundlage und in der Zielperspektive menschenwürdeorientierten theologischen Denkens beschaffen sein müsste.

Abschließend gilt es Dank zu sagen: Es war bereits im Jahr 2016, als wir, Ilona Nord und Thomas Schlag als Vorsitzende der Fachgruppe Praktische Theologie der WGTh, den Kontakt mit der Schader-Stiftung aufnahmen und den Vorschlag machten, eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema des Verhältnisses der Kirchen und der Praktischen Theologien zum Populismus zu planen. Nicht lange danach stiegen die katholischen Kollegen Richard Hartmann und Christian Bauer als Vorsitzender und stv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Pastoraltheologie in diese Arbeitsgruppe ein. Nicht zuletzt dank der Unterstützung der Schader-Stiftung konnte die Kooperation mit weiteren wissen-

schaftlichen Gesellschaften konstruktiv angebahnt werden. Wir danken der Schader-Stiftung sowie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikation (DGPK), der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) sowie der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaften (DVPW) für die fruchtbare Zusammenarbeit! Mit dem Gesamtableau der hier vorgelegten Beiträge hoffen wir, nicht nur die theologische Forschung, sondern auch die weitere interdisziplinäre Kooperation im Blick auf die Thematik »Die Kirchen und der Populismus« zu befördern und längerfristig zu etablieren.

Wir danken zudem der Fakultät für Humanwissenschaften der Universität Würzburg, der Theologischen Fakultät der Universität Zürich, der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie, der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Deutschen Bischofskonferenz und der Schader-Stiftung für die finanzielle Unterstützung der Darmstädter Fachtagung sowie des nun vorliegenden Bandes. Ohne die großzügige Förderung des Gesamtprojekts wäre eine solche interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht möglich gewesen. Gedankt sei auch herzlich Rosa Pittorino von der Theologischen Fakultät der Universität Zürich, die das Lektorat der Beiträge umsichtig und zuverlässig betreut hat sowie Annette Weidhas von der Evangelischen Verlagsanstalt für die geduldige Begleitung dieses Publikationsvorhabens.

Abschließend sei an dieser Stelle gesagt: Dass auch nach den jüngsten politischen Entwicklungen in den USA und dem europäischen Anstieg von politischen und populistischen Exklusionstendenzen, aber auch angesichts der antisemitischen, rechtsextremistischen und antidemokratischen Bewegungen in Deutschland im Herbst 2020 das Thema des Populismus noch lange auf der Tagesordnung der Kirchen und der Wissenschaft bleiben werden, erfüllt uns einerseits mit Sorge, andererseits mit der umso größeren Bereitschaft zum öffentlichen Engagement in Wissenschaft und Kirche.

*Ilona Nord und Thomas Schlag
Würzburg/Zürich, im Dezember 2020*